

## Rede von Willy Brandt vor dem Bundestag zur Sicherheitspolitik (Bonn, 22. November 1983)

**Legende:** Am 22. November 1983 erklärt Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), vor dem Deutschen Bundestag, dass die unterschiedlichen Ansichten Frankreichs und der BRD hinsichtlich Stationierung europäischer Atomraketen dem Verhältnis zwischen beiden Ländern nicht schaden. Brandt spricht von der Europäisierung Europas, die von engeren Beziehungen in Westeuropa und der notwendigen Zusammenarbeit zwischen Ost und West abhängt.

**Quelle:** Verhandlungen des deutschen Bundestages. 10. Wahlperiode. 36. Sitzung vom 22. November 1983. Stenographische Berichte. Hrsg. Deutscher Bundestag und Bundesrat. 1983. Bonn. p. 2508-2510.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_willy\\_brandt\\_vor\\_dem\\_bundestag\\_zur\\_sicherheitspolitik\\_bonn\\_22\\_november\\_1983-de-ee7108bc-f029-4542-ab5e-6cb4ec6e0bcb.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_vor_dem_bundestag_zur_sicherheitspolitik_bonn_22_november_1983-de-ee7108bc-f029-4542-ab5e-6cb4ec6e0bcb.html)

**Publication date:** 03/07/2013

## Rede von Willy Brandt vor dem Bundestag (Bonn, 22. November 1983)

[...]

Ich sage noch einmal: Wir Sozialdemokraten haben keine Schwächung, sondern im eigentlichen Sinne eine Stärkung des Bündnisses im Sinn, wenn wir mahnen, daß in dieser Phase der Erstarrung beider Weltmächte die **Europäer enger zusammenrücken** sollten.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Die Allianzen werden nicht gesprengt, auch nicht gelockert, wenn die Europäer ihr Gewicht mehren. Eine gewisse Verschiebung der Gewichte entspräche der geschichtlichen Notwendigkeit.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sagen Sie das Mitterrand!)

Auch das sage ich an diesem 20. Todestag von John F. Kennedy, der damals mit der Idee der beiden Pfeiler kam. Es sind ja nicht nur die Europäer, an denen das gescheitert ist. Es ist auch deswegen gescheitert, weil die Amerikaner nicht an diesem Thema geblieben sind, zu dem man so oder so wird zurückkehren müssen.

Übrigens, daß dies mit der Verschiebung der politischen Gewichte eine geschichtliche Notwendigkeit ist, das wird auch in Osteuropa weithin gesehen. Es wird auch in dortigen Führungen nicht viel anders gesehen.

Wir im Westen Europas sollten nicht müde werden, unseren Konsens zu finden. Das gilt vor allem für **Frankreich** und die Bundesrepublik, also den Kern der Europäischen Gemeinschaft.

(Zuruf von der CDU/CSU: Fangen Sie doch einmal mit Herrn Mitterrand an!)

— Sie kommen gleich auf Ihre Kosten, denn ich sage Ihnen: Der Präsident der französischen Republik folgt in dieser Frage — bei der sogenannten Nachrüstung — anderen Einsichten als wir. Das weiß ich wohl.

(Klein [München] [CDU/CSU]: Aha!)

Das ist so überraschend nicht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nein!)

— Ich habe von Ihnen früher nicht so positive Urteile über Mitterrand gehört, wie Sie sie heute von sich geben.

(Beifall bei der SPD)

Früher haben Sie ihn hier vielmehr als einen vorgeführt, der in Frankreich die Volksfront einführen wollte. Oder habe ich das falsch in Erinnerung?

(Zuruf von der SPD: Nein, nein, das ist schon richtig!)

Ich meine also, das ist so überraschend nicht, zumal für diejenigen nicht, deren Hochachtung vor de Gaulle ja auch nicht bedeutete, daß sie seine Empfehlungen unbesehen übernommen hätten. Ich sage in aller Offenheit: die offizielle französische Argumentation ist aus der Logik der französischen Tradition — auch der Nachkriegstradition — so unverständlich nicht. Ich füge hinzu, wenn bei uns aus guten Gründen oft von den Ängsten die Rede ist, die Rußland plagen könnten, dann sollte es uns an Verständnis für eine andauernde Beunruhigung auch nicht ganz mangeln, denn dies spielt natürlich aus deren Sicht wegen einer gewissen Einbindung mehr noch als eine spezifische Rolle in der Strategie. Freilich, dies muß alles sachlich beraten werden und nicht aus einer Attitüde, als ob wir uns erneut Besatzungsbehörden gegenüber sähen.

Wir, die deutschen Sozialdemokraten, gehen keinen Schritt ab von der deutsch-französischen Freundschaft und Kooperation. Meinungsverschiedenheiten in noch so wichtigen Einzelfragen dürfen jenes innere Gleichgewicht nicht erschüttern, das durch das freie Zusammenleben mit unseren Nachbarn garantiert ist. Wir haben unser Nein nach bestem Wissen und Gewissen reiflich bedacht. Sie irren, wenn Sie glauben, wir befänden uns damit in der Isolation. Wir tun es auch nicht im Kreise der sozialdemokratischen Parteien. Wenn ich morgen nachmittag nach Brüssel fahre, um in den folgenden zwei Tagen einer Sitzung der Sozialistischen Internationale vorzusitzen, dann wird eine meiner Aufgaben darin bestehen, Herr Bundeskanzler, dafür zu sorgen, daß meine französischen Freunde nicht überstimmt werden, weil wir in Respekt voreinander sagen: Für einen bestimmten Zeitabschnitt sieht der eine das so, der andere so.

(Lachen bei der CDU/CSU — Dr. Kohl [CDU/CSU]: Und die italienischen Sozialisten?)

Sind wir etwa in den Vereinigten Staaten isoliert?

(Klein [München! [CDU/CSU]: Aber wirklich!)

Die Mehrheit des Repräsentantenhauses steht auf der Seite des Freeze und nicht auf Ihrer Seite, Herr Bundeskanzler.

(Beifall bei der SPD)

Im Repräsentantenhaus und im Senat und draußen im Volk, da wird doch um die richtige Meinung gerungen wie bei uns, aber nicht so vergiftet, wie Sie es häufig uns gegenüber tun.

(Beifall bei der SPD — Lebhaftes Zurufe von der CDU/CSU)

Mir tut es natürlich leid, daß wir in der Frage, um die wir hier streiten, zu einem anderen Ergebnis kommen als unsere französischen Freunde. Die französischen Freunde aber sollten wissen — und ich habe es Ihnen gesagt; ich war gestern vor einer Woche in Paris —, daß unser Nein in der Raketenfrage auf unserem Ja zu Europa beruht. Wir entziehen uns damit nicht der Partnerschaft, die zum Fundament der Bundesrepublik gehört. Unser Nein, um es so zu sagen, ist ein Votum in der Allianz, nicht gegen die Allianz.

(Beifall bei der SPD)

Es ist geboten, weil auch wir einen Anspruch darauf haben und es als Pflicht empfinden, unsere Interessen zu bestimmen und zu vertreten. Ich bin fest davon überzeugt, die in den Jahren vor uns fällige **Europäisierung Europas**

(Zuruf des Abg. Pfeffermann [CDU/CSU])

wird keinen Machtgewinn der Sowjets bedeuten. Wenn ich es noch ein bißchen deutlicher sagen darf: Die Sowjets haben eh schon mehr geschluckt, als sie verdauen können.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Die Europäisierung Europas wird auch damit zu tun haben, wie wir im Westen enger zusammenrücken und zwischen Ost und West in Europa all die Formen von Kooperation auf den Weg bringen, die objektiv möglich, wenn nicht gar geboten sind.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Also raus aus der NATO!)

Graf Lambsdorff hat vor mir Bemerkungen zur weltwirtschaftlichen Strukturkrise gemacht. Die Bemerkungen schlossen sich an an das, was Helmut Schmidt gestern dazu gesagt hat. Ich hätte es begrüßt, wenn der Bundeswirtschaftsminister konkreter geworden wäre, wo es um folgendes geht,

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Konkret müßten Sie auch werden! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Nicht nur konkret lesen, sondern auch konkret zuhören!)

und da knüpfe ich noch einmal an Kennedy an. Als der vor 20 Jahren da war, im Juni 1963, brachte er die Formulierung mit:

Ein immer weiteres Wettrüsten auf der Welt wird in der Selbstvernichtung der Menschen enden.

Jetzt sind 20 Jahre vergangen, und die **Aufwendungen** der Blöcke und Mächte **für Rüstungen** haben sich in diesen 20 Jahren verdreifacht. Jetzt stellt sich doch, unabhängig davon, wer regiert hat, und unabhängig davon, wer heute regiert, die Frage, die einem immer mehr die Fachleute stellen, auch die, die zur Jahrestagung des Fonds und der Bank in Washington gewesen sind: Kann es denn weltwirtschaftlich auf die Dauer so weitergehen, daß immer mehr Geld für die Rüstung verpulvert wird?

(Beifall bei der SPD — Berger [CDU/CSU]: Wir wollen das auch nicht! Wer beginnt denn das Wettrüsten?)

— Ich sage dies doch nicht als Polemik. Darf man denn hier, Herr Kollege, nicht auch etwas sagen, wo wir einer Meinung sind? Ich wende mich doch gern an die Regierung, um zu sagen: Bitte, wo immer Sie Initiativen ergreifen können, europäisch und weltweit, nicht nur bei der UNO — das ist ein bißchen unverbindlich —, daran mitwirken, daß Weichen für einen Ressourcentransfer von der Rüstung hin zur Entwicklung gestellt werden!

(Beifall bei der SPD)

Das jetzt auszumalen, ist nicht möglich. Man wird jedenfalls nicht mehr belächelt wie vor einigen Jahren, wenn man dies zu einem der wichtigen Themen macht, die wir vor uns haben.

Meine Damen und Herren, zum Schluß: Ein sich gegen die USA formierendes Europa, womöglich mit dem Ehrgeiz einer weiteren atomaren Supermacht, kann und wird es in unserem Verständnis und nach unserem Willen nicht geben. Aber ein Europa als mäßige Kraft und als sich stabilisierende Größe wird die weltpolitischen Machtstrukturen vorteilhaft verändern helfen können.

Jetzt möchte ich gerne, daß nicht nur wir Sozialdemokraten, sondern viele im Land und viele, die wie viele Sozialdemokraten sich, von anderswo kommend, in der Friedensbewegung engagiert haben, sich miteinander zu Friedenspolitik durchringen, einer **Friedenspolitik**, die meiner Meinung nach auf folgenden Grundlagen basieren muß.

Erstens. Aufgabe der deutschen Politik muß es sein, die Ost-West-Konfrontation abzubauen und das Verhältnis zwischen den Bündnissen in eine europäische **Friedensordnung** überzuleiten. Dazu brauchen wir Sicherheitspartnerschaft, wiederhole ich, statt Konfrontationspolitik.

Zweitens. Beide Weltmächte müssen Teil einer solchen Friedensordnung sein und sie garantieren.

Drittens. Dazu ist jetzt notwendig, die **Entspannungspolitik** nicht weiter verkommen zu lassen, sondern sie fortzusetzen oder sie wieder in Gang zu bringen und zu vertiefen, mit Festigkeit, Kompromißbereitschaft und mit allen Möglichkeiten, die sich der sachlichen Kooperation bieten.

(Berger [CDU/CSU]: Das ist genau das, was wir machen!)

Viertens. Im Bündnis ist eine wirksame, kriegsverhütende, defensive Strategie geboten, eine solche, die den objektiven sicherheitspolitischen Wandel nicht beeinträchtigt, sondern begünstigt. Und da kommt dann die Prüfung der Frage von Zonen — auch wenn es dem einen oder anderen noch so schwer fällt —, die von Atomwaffen und von chemischen Waffen freigemacht werden — und wenn man nur in der bescheidenen Form, wie die Palme-Kommission es vorgeschlagen hat, mit den atomaren Gefechtsfeldwaffen anfängt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Diskussion hierüber kann nicht länger mit dem Argument weggedrückt werden, daß die Atomkräfte mit weitreichenden Raketen auch in eine **atomwaffenfreie** Zone hineinschießen könnten. Das Konzept der atomaren Verteidigung Westeuropas ergab mehr Sinn, solange man damit von einem konventionellen Angriff abschrecken konnte, weil die Gegenseite noch nicht die gleichen Mittel hatte. Seit sie diese Mittel aber hat, ist unter dem Aspekt der Verteidigung — und um den geht es uns doch — auch durch noch so viele Atomwaffen kaum etwas zu gewinnen. Insofern gilt es umzudenken, meine Damen und Herren. Sie sollten, bitte, nicht weiterhin so tun, als bestünde die große Mehrheit unseres Volkes aus Dummköpfen,

(Rossmann [CDU/CSU]: Das tun wir gar nicht! Die haben uns gewählt!)

weil diese Mehrheit einer atomaren Verteidigung mißtraut, die im Ernstfall Selbstvernichtung bedeuten würde. Deshalb, wenn es irgend geht — ich bin ja gar nicht mehr so sicher, daß es geht —: halten wir die atomare Rüstungsschraube an, kehren wir das Wettrüsten um, unterwerfen wir uns

(Klein [München] [CDU/CSU]: Der Meinung der Minderheit!)

der Vernunft und der berechtigten Sorgen um das Überleben. Sorgen wir, wenn es geht, gemeinsam für eine Verteidigungspolitik, die wieder von der großen Mehrheit unseres Volkes getragen werden kann; denn das wäre gut für unser Volk.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das wäre gut für unsere demokratische Ordnung. Das wäre gut für Deutschland und Europa.

Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)